

Antrag an die 28. Landeskonferenz der JU Berlin am 05. Mai 2013

Die Landeskonferenz der Jungen Union Berlin hat beschlossen:

1 Die CDU-Mitglieder in Abgeordnetenhaus und Senat werden aufgefordert, sich dafür ein-
2 zusetzen, dass die demokratischen politischen Jugendorganisationen in Berlin wieder in
3 angemessenem Maße mit öffentlichen Fördermitteln ausgestattet werden. Die entspre-
4 chenden Gelder sollen in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2014/2015 festgelegt und
5 dann entsprechend im Haushalt festgeschrieben werden.

6 Zur Umsetzung schlagen wir vor, dass der Etat der Landeszentrale für politische Bildung
7 entsprechend erhöht und die Mittel von dieser an die Jugendorganisationen der im Abge-
8 ordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien anteilig nach Mitgliedszahlen verteilt wer-
9 den.

10

11 Der Landesvorstand der JU Berlin wird aufgefordert, sich zur Durchsetzung dieser Forde-
12 rung mit den anderen politischen Jugendorganisationen, insbesondere den Jusos, zu koor-
13 dinieren.

14

15

16 *Begründung:*

17

18 Berlin ist mit das einzige Bundesland Deutschlands, in dem politischen Jugendorganisatio-
19 nen keinerlei öffentliche Förderung zu Teil wird. Die Jugendverbände der politischen Par-
20 teien leisten einen großen und essentiellen Beitrag dazu, dass politische Inhalte in die jun-
21 ge Generation transportiert werden und dass politisches Engagement schon in jungen Jah-
22 ren leicht möglich ist. Sie setzen somit den verfassungsmäßigen Auftrag der politischen
23 Parteien in ihrer Generation um. Dies alles funktioniert, da sich unzählige Ehrenamtliche in
24 den Jugendorganisationen engagieren. Doch Ausstattung und Organisation der Verbände
25 erfordern finanzielle Mittel.

26 Das Land Berlin sollte sich endlich wieder zur Wichtigkeit der politischen Jugendarbeit
27 bekennen und diese entsprechend wertschätzen!

Antragsteller: Der Landesvorstand der Jungen Union Berlin